



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

56 (3.2.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189814](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189814)

# Mannheimer Generalanzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Götterbaum, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Götterbaum, für Feuilleton: Dr. A. Habermann, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schöfer, für Kunst: Dr. A. Plab, für Anzeigen: Kurt Hügel, Druck und Verlag: Druckerei Dr. Götterbaum, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, P. O. 2, Drahthofstr. 10, Telefon: 17990, 17991, 17992, 17993, 17994, 17995, 17996, 17997, 17998, 17999, 18000.

## Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile 90 Hg., 8spaltige 80 Hg., 6spaltige 70 Hg., 4spaltige 60 Hg., 2spaltige 50 Hg., 1spaltige 40 Hg., für den Monat 2700 Hg., für den halben Monat 1350 Hg., für den viertel Monat 900 Hg., für den Monat 2700 Hg., für den halben Monat 1350 Hg., für den viertel Monat 900 Hg., für den Monat 2700 Hg., für den halben Monat 1350 Hg., für den viertel Monat 900 Hg., für den Monat 2700 Hg., für den halben Monat 1350 Hg., für den viertel Monat 900 Hg.

### Eine Drohnote an Holland.

#### Auslieferung des Kaisers oder Abbruch der Beziehungen.

Paris, 3. Febr. (Havas.) Die Antwort auf die Weigerung Hollands bezüglich der Auslieferung des Kaisers wurde unter den Vertretern der Entente besprochen und wird ohne jede Verzögerung dem holländischen Minister überreicht werden. Sollte die holländische Regierung auf ihrer Weigerung bestehen bleiben, so wäre der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sowie eine Seeblockade Hollands unumgänglich.

Wie aus der Schweiz gemeldet wird, hat die holländische Regierung eine Einladung zu einer Besprechung in Haag an alle Neutrale ergehen lassen. Die Schweiz will ihre Vertreter entsenden.

Die außenpolitische Weltlage hat eine bedrohliche Verschärfung erfahren. Höflich aber klar hat Hollands Antwort geantwortet, daß es den Standpunkt der Entente in der Auslieferung des Kaisers in keiner Hinsicht teilt. Es gab auch die Gründe an, weshalb es insofern das Auslieferungsbegehren nicht zu erfüllen in der Lage sei.

Die Antwort Hollands hat bei den Diplomaten und der Presse der Entente wenig Anklang, geschweige ein Verständnis gefunden. Das oben gemeldete Ergebnis der jüngsten Beratungen der Ententevertreter läßt keinen Zweifel mehr, daß man es für völlig zwecklos hält, sich auf einen sachlichen Standpunkt zu stellen.

Politische Gründe insbesondere solche des Ententeprestiges, hinter der wieder die Gründe gegen Deutschlands Niederhaltung und ewiger Schuldbelastung zur Reinigung der Entente stehen, sind die Triebfeder für das neue Vergehen. Man droht mit Abbruch der Beziehungen, Seeblockade und natürlich letzten Endes mit Krieg, weil man einen Menschen ausgeliefert haben will, der als böser Schächer als Schuldiger am Weltkriege getrennt werden soll.

Holland, dessen ruhige und männliche Antwort auf das erste Ansinnen wir uns zum Vorbild nehmen können, wird sich durch die neue Drohnote nicht aus dem Konzept bringen lassen. Immerhin, die Lage ist ernst, und der 10. Februar mit der Zerschlagung der Auslieferungsofferte nahe gleichfalls — Tage der Selbstbesinnung der Welt, könnte man sagen, stehen vor der Tür.

#### Die Kaiseranlieferung.

Sta. London, 1. Febr. „Daily Chronicle“ berichtet, der nächste Schritt in Sachen der Auslieferung des Kaisers werde jetzt vom Lordkanzler in Verbindung mit dem Obersten Käte erwogen.

### Nach der Unterzeichnung.

#### Die Verhandlungsgegenstände der Vorkonferenz.

Paris, 3. Febr. (Havas.) Die gestrige Vorkonferenz befragte die Frage der durch Deutschland zu leistenden Röhren. Darauf wurde der Text der Note an Herrn von Bernstorff bezüglich der Auslieferung der Schuldigen besprochen und außerdem beauftragte die Konferenz den Finanz- und Lebensmittel-Versorgungsminister der Oesterreichischen Republik, sich nach Paris zu begeben, um noch einmal die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Landes vorzutragen.

#### Die Besetzung Oberschlesiens.

Berlin, 3. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) An zuständiger Stelle erfahren der „R. V. N.“: Die Räumung der Zone Danzig—Larnowitz—Georgenberg in Oberschlesien erfolgte am 2. Februar planmäßig. Zu diesem Tage waren in Oberschlesien 26 Ententeentruppen eingetroffen.

#### Die Konferenz in Bern.

Bern, 3. Febr. (Havas.) Die letzte diplomatische Konferenz in Bern zeigte einen Fortschritt in der Frage des deutsch-französisch-englischen Bündnisses. Man hat bereits Grundlinien desselben studiert und ein Schreiben, das diese enthält, für die französische Regierung aufgestellt.

#### Clemenceaus Reisepläne.

Paris, 3. Febr. (Havas.) Clemenceau wird sich zuerst nach Kairo und darauf nach Chartum begeben. Clemenceau plant außerdem seine Reise durch das Mittel, Indien, Persien, Indien und vielleicht sogar Japan fortzusetzen.

#### Ein Weltkongreß internationaler Vereinigungen.

Brüssel, 3. Febr. (WB.) Vom 5. bis 20. September soll in Brüssel ein Weltkongreß internationaler Vereinigungen stattfinden und zwar anlässlich des 25jährigen Bestehens des Internationalen Bibliographischen Instituts. Der Kongreß soll die Bedingungen prüfen, worunter die internationalen Vereinigungen mit dem Völkerbund zusammenarbeiten können.

#### Der Engländer Keynes und die englische Presse.

Der Engländer Keynes war bekanntlich bis zum vorigen 7. Juni der amtliche Vertreter des englischen Schatzamtes auf der Konferenz und der Vertreter des Schatzkanzlers im Obersten Wirtschaftsrat und, wenn er als bekannter Sachmann diesen Vertrauensposten aufgab, als jede Hoffnung auf eine wesentliche Aenderung der Friedensbedingungen schwand, so verdienen die Ausführungen eines solchen Charakteristen Mannes doppeltes Interesse.

Das Buch Keynes über den Friedensvertrag, dessen Urteil über die wirtschaftliche Unmöglichkeit des Friedensvertrags wir vor einiger Zeit mitteilten, findet in England folgende Presse: Die Times tadeln kennzeichnenderweise an ihm, daß er hartnäckig die Verhandlungsmächte, was den Krieg

angehe, auf dieselbe stillische Stufe wie Deutschland stelle. Sie lagen, Keynes habe mit seinen: Suche den Verhandlungsmächten einen schärfsten Dienst geleistet.

Der „Manchester Guardian“ erklärt: Für uns Engländer, deren Ergehen auf Jahrhunderte hinaus auf diesen Vorgängen beruht, ist die Geschichte dieser Verhandlungen ein schmerzlicher Beweis für die Leichtigkeit, mit der ein Volk, das von erhabenen Begriffen und hohen Idealen ausging, von seinen Führern zu einem verhängnisvollen Aufgeben aller seiner Grundzüge gebracht werden kann.

### Die Lage im Osten.

#### Der Brandherd im Osten.

Sta. Warschau, 2. Febr. Der hiesige Vertreter der New York World berichtet von einem Selbstmordplan Trojks gegen Polen. Trojki will in zwei Vorstößen in Polen einfallen und zwar einerseits über Wilna, andererseits durch die Karpaten, der Tschecho-Slowakei und Galizien. Nach derselben Quelle organisiert Trojki die Mobilisierung von acht Millionen Mann.

#### Die Politik Japans in Rußland.

London, 3. Februar. (W. B.) Die Daily Mail berichtet: Der frühere japanische Vertreter Kato ist gegenwärtig nach Tokio unterwegs, um seine Regierung von den Vorgängen in Sibirien zu unterrichten. Er erklärte, daß die japanische Intervention einzig und dem Wunsche begründet sei, die Trans-Sibirischen Eisenbahnen in gutem Zustande zu erhalten. Japan habe durchaus nicht den Wunsch, mit den Bolschewisten Krieg zu führen, sofern es nicht dazu gezwungen werde.

### Die Valutasol.

#### Schweizer Vorschläge zum Valutaproblem.

Berlin, 3. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) In Bern fand der schweizerische Kongreß für Handel und Industrie statt, der sich unter anderem auch mit dem Valutaproblem befaßt. Dabei vertrat der Präsident der Nationalbank die Auffassung, daß der Bundesrat versuchen möchte, sich mit anderen Staaten in Verbindung zu setzen zum Zwecke der Einberufung einer internationalen Konferenz. Es wurde ein Verbot für die Nationalbank und die übrigen ausländischen Wechselkontenbanken vorgeschlagen, die auf die Schweiz bezogenen Wechsel einzulösen, sofern sie nicht als wirtschaftliche Zahlungsmittel im Ein- und Ausfuhrhandel zur Verwendung gelangen. Sodann wurde ein Memorandum für die Finanzen verfaßt, die in Folge der Valutaschwierigkeiten in eine bedrückte Lage gekommen sind, und endlich die Fassung einer Kreditorganisation für die Gewährung von Darlehen an ausländische Firmen, die in der Schweiz Bestellungen machen und wegen der hohen schweizerischen Valuta nicht in der Lage sind, Geschäfte mit der Schweiz abzuschließen.

#### Der amerikanische Schatzsekretär gegen eine internationale Finanzkonferenz.

London, 2. Febr. (Reut.) Die Blätter melden aus New York, daß Schatzsekretär Clegg der House of Representatives über „andere, in dem er erklärt, das Schicksal sei gegen den Plan einer internationalen Finanzkonferenz, damit nicht die vereinten Kräfte auf eine Aktion seitens der Vereinigten Staaten zur Finanzierung der Bedürfnisse Europas wider aufstehe. Clegg erklärt nachdrücklich, das wahre Mittel gegen den schädlichen Stand des Weltmarktes sei die Aufhebung des Verbots der Geldüberweisung. Das Amt ist überzeugt, daß Kredite die für die wirtschaftliche Wiederherstellung des Handels notwendig seien, durch Privatleute verschafft werden müßten und daß die Regierung der Welt an der Wiederherstellung des Vertrauens der Stabilität und der Handelsfreiheit durch Anwendung einer gesunden finanziellen Politik mithelfen müßten.

### Deutschösterreich, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien.

wex. Wien, 23. Januar.

Sicherem Vernehmen nach sind die Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad über eine politisch-militärische Konvention in den letzten Tagen soweit fortgeschritten, daß schon in den nächsten Tagen vielleicht mit den abschließenden Beratungen begonnen werden kann. Der Staatskanzler Dr. Krenner hat sich bisher lediglich im Ausschusse für Ausherr der Nationalversammlung darüber geäußert, indem er darauf hinwies, daß es sich nicht um den Abschluß eines Bündnisses, sondern um eine Vereinbarung handle, die ähnlich konstruiert sei wie jene, die vor dem Kriege zwischen Grey und Cambon abgeschlossen worden ist. — Ausführlicher äußerte sich hierüber der tschechische Minister des Ausherr, Dr. Benesch, dessen Erklärungen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Konvention sich gegen Ungarn richtet, daß die Verhandlungen durchaus auf der Basis der Grundlagen des Friedens von Saint-Germain geführt wurden und jeder der beiden Teile sich verpflichtet, keine Ansprüche zu erheben, die nicht in dem Vertrage von Saint-Germain begründet seien. Dr. Benesch fügte noch hinzu, daß die tschecho-slowakische Politik ihr Ziel in dem Sinne erreicht habe, daß ihre wichtige Position nach der wirtschaftlichen und der politischen Seite hin vollkommen zur Geltung gebracht worden sei.

In parlamentarischen Kreisen verhält man sich, von Anfragen der Abg. Schürf und Kunz abgesehen, zunächst abwartend und beschäftigt sich vornehmlich mit der Frage, ob zwischen den Prager Vereinbarungen und der Anschlussfrage ein Zusammenhang bestehe. Man verweist da auf eine Aeußerung des neuen offiziellen Draams der tschechischen Regierung, der „außenpolitischen tschechischen Revue“ hin, die in einem Kommentar zu den Prager Verhandlungen berichtet, daß die tschechische Regierung genötigt gewesen sei zu handeln, da die große Gefahr drohte, daß der Vertrag von Saint-Germain in seinen Grundpfeilern untergraben werde“ und die Entente deshalb in beabsichtigter Belohnung vor einer solchen Entwicklung einen steigenden Druck auf die tschechische Regierung auszuüben habe. — Entgegen diese Aeußerungen den Tatsachen, denn würde der in Prag abgeschlossene „freie Vertrag“ in der Hauptsache die Erhaltung des Friedens von Saint-Germain

bezwecken, der einerseits die Grundlage des tschecho-slowakischen Staates und seiner Annektionen, andererseits aber das Hindernis für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland bildet. — Die jüngste gegen den Anschluß gerichtete Erklärung des französischen Geschäftsträgers Alligé wird in parlamentarischen Kreisen dahin gedeutet, daß die in manchen Kreisen verbreitete gegenseitige Annahme, daß durch die Prager Vereinbarungen an dem Anschlußverbot etwas geändert worden sei, nicht zutrefte.

### Der Prozeß Erzberger-Helferich.

Berlin, 3. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Prozeß Erzberger-Helferich wird heute fortgesetzt. Der Rechtsanwält Erzbberger ist nicht zur Stelle. Zu Beginn der Sitzung verliest der Vorsitzende ein Telegramm des zuständigen Gerichtsrates, der Herrn August Thijssen untersucht hat. Thijssen ist danach so lebend, daß er die weite Reise nach Berlin nicht unternehmen kann. Es sollen nur Direktor Robes noch einmal vorgeladen werden. Ferner wird der Fall Dombrowski erwähnt. Erzberger soll befunden haben, daß er einem von Dombrowski verfaßten Artikel vollkommen fernstehe. Das soll, wie Helferich behauptet, nicht der Wahrheit entsprechen. Es wird beschloffen, zu diesem Punkte Dr. Driesen und Geheimrat Dämmer als Zeugen zu vernehmen.

Bezüglich des Postes Angerle teilte Rechtsanwält Kilsberg mit, daß Angerle Agent der Reichsgerichtsstelle gewesen sei und von dort entlassen worden ist. Er sei dann aber von Erzberger der Reichsgerichtsstelle wieder aufgedrängt worden und zum Dank dafür habe Angerle Herrn Grabecauer dauernd mit Schleichwaren versorgt.

Darauf wird der Fall der tschechischen Serumwerke angeschritten. Dr. Helferich bemerkt dazu: Erzberger habe in der schlimmsten Not den tschechischen Serumwerken Jucker zuweisen lassen. Dabei habe er aber verschwiegen, daß er ein finanzielles Interesse an der Sache habe.

Geheimrat von Gordon gibt zu diesem Fall folgende Erklärung ab: Herr Erzberger ist an den Serumwerken nicht mit einem Pfennig beteiligt. Ein Gefährter hatte sich an Herrn Erzberger gewandt und ihm mitgeteilt, daß er ein Geschäftsmittel entdeckt habe. Erzberger hielt eine beratende Entscheidung für unbedenklich segensreich und wandte sich an mehrere Vertrauensmitglieder, um sie für die Sache zu interessieren. Man beschloß die gute Sache zu fördern, und jeder der interessierten Herren schickte einen Betrag von einigen tausend Mark. Insgesamt wurden etwa 40000 Mark zusammengebracht, die dem Erzberger überwiesen worden sind. Just rat Gordon betont, daß Erzberger niemals einen Pfennig Gewinn erhalten habe.

#### Erzberger wieder arbeitslos.

Berlin, 3. Febr. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die V. Z. Ldt. beabsichtigt Reichsfinanzminister Erzberger übermorgen bereits in einer Sitzung des Steuer-ausschusses der Nationalversammlung teilzunehmen. Heute mittag hat der Reichspräsident Ebert den Patienten besucht.

### Übermalige Verschiebung der Neuwahlen?

Die natib. Korrespondenz schreibt: Der Mehrheitssozialist Solmann, Mitglied der Nationalversammlung, hat kürzlich in einer öffentlichen Besprechung erklärt, die Neuwahlen zum Reichstag seien auf den Herbst angelegt. Eider hat der sozialdemokratische Abgeordnete diese Behauptung n.d.a. aus der Luft gegriffen. Man muß vielmehr annehmen, daß er als Mitglied der höchsten Regierungspartei über die Absichten des Kabinetts unterrichtet ist. Es ist denn auch bis jetzt von keiner amtlichen oder halbamtlichen Stelle Herrn Solmann widersprochen worden. Man las nur in irgendeinem Blatt der Regierungsmehrheit, es bestehe die Absicht, die Wahlen nicht weiter hinauszuverschieben als dringend nötig sei. Das klingt im Grunde genommen wie eine Bestätigung, denn die Regierung wird sicher nicht um eine angeblich dringende Notwendigkeit verlegen sein, mit der gegebenenfalls die Verschiebung der Neuwahlen begründet wird.

Kommt nicht bald eine Richtigstellung der Solmann'schen Behauptung, so wird man feststellen müssen, daß die Regierung mit der Absicht umgeht, ihr Wort nicht zu halten. Herr Bauer hat selbst im Reichstag in seiner Eigenschaft als Reichskanzler die Versicherung gegeben, daß die Neuwahlen zum Reichstag spätestens im Frühjahr stattfinden sollen. Hierbei handelt es sich in der Tat um den alleräußersten Termin. Die Neuwahlen hätten im Reich schon längst stattfinden müssen. Wenn es nicht gezeihen ist, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als einen Schlag ins Gesicht des parlamentarischen Systems. Für dieses System ist die parlamentarische Mehrheit Seele und Leben. Es wird einfach zu einer Lüge, wenn die parlamentarische Mehrheit sich nicht mehr auf eine Mehrheit der Wähler stützen kann. In England, dessen politisches System unseren Demokraten ja immer als Ideal vorgebildet hat, genügen ein paar Beschläge der Regierungskoalition bei Neuwahlen, um die Regierung zu einem Appell an die Wählerkraft zu veranlassen. Man möchte unseren Mehrheitsparteien und ihrem Regierungsausschusse anstelle ihrer selbst urteilenden Diskretion etwas von dieser parlamentarischen Feinsichtigkeit wünschen, die es für selbstverständlich hält, daß auf jeden Stimmungsumschwung im Lande einzustellen. Das System unseres Volkes hat unseren Regierungsparteien zwar in der Nationalversammlung unmittelbare Niederlagen erspart, aber jede Nachwahl, die sonst vorgenommen ist, hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die Zusammensetzung der Nationalversammlung ein wahres Zerrbild der Stimmung im Lande bedeutet.

Aber von diesen politischen Erwägungen abgesehen: unsere ganze wirtschaftliche Lage schreit förmlich nach Neuwahlen. Mit der jetzigen Regierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit ist Ruhe und Ordnung im Lande nicht zu schaffen, ist Arbeitsfreude und Arbeitsleistung nicht wieder auf den früheren Stand zu bringen. Und damit treibt unsere wirtschaftliche Lage immer mehr dem Zusammenbruch entgegen, wendet sich das Ausland immer mehrtrauischer von unserem Gefundungs- und Produktionsvermögen ab. Eine Neuwahl würde in jeder Beziehung klare und feste Verhältnisse schaffen. Sie würden voraussichtlich das feste Fundament für eine Regierung legen, die den politischen Wiederaufbau in Angriff nehmen und unseren wirtschaftlichen Niedergang aufhalten könnte. Wir fordern

dennoch auch und in erster Linie aus diesem Grunde die Vornahme als baldiger Neuwahlen. Jedenfalls aber keine Hinausschiebung über den Termin, den Herr Bauer als den äußersten selbst bezeichnet hat! Die Nationalversammlung muß durch Verabschiedung des Wahlgesetzes schließlich das Instrument für die Neuwahlen schaffen und sich dann auflösen. Jede künstliche Verlängerung ihres Daseins wäre Frevel am parlamentarischen System und, was noch schwerer wiegt, Frevel am Wohl des hart geprüften Vaterlandes.

**Sechsstundenschicht und Ernährungsverhältnisse.**

Mit der weiteren Entwicklung der Kohlenförderung steht die Gestaltung der Ernährungsverhältnisse im engsten Zusammenhang. Bei den uns durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen bezüglich der Kohlenablieferung an die Entente würde sich auch nur ein geringer Rückgang der Kohlenabfuhr in der Lebensmittelherzeugung sofort in der empfindlichsten Weise bemerkbar machen. Schon jetzt gibt die Ernährungsfrage zu größten Besorgnissen Anlaß. Wie ernst die Lage besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist, zeigen die Mitteilungen des Dezernenten für Ernährungswesen der Stadt Essen, der in der Stadtverordnetenversammlung seinem Bericht über die Ausfichten für die Lebensmittelversorgung hinzusetzte, daß wir uns in immer rascherem Tempo Wiener Zustände nähern.

Die Bergleute selbst wurden bis jetzt von den durch den Brennstoffmangel entstandenen Nöten noch wenig betroffen. Sie leiden nicht unter der Kälte, denn sie erhalten vertragsmäßig 120 Zentner Kohlen zu einem so ungewöhnlich niedrigen Preise, daß man fast sagen kann, sie sind ihnen geschenkt (insgesamt für 60 M.). Zudem haben sie sich einer bevorzugten Belieferung mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken zu billigen Preisen zu erfreuen. Auf diese Vergünstigungen, verbunden mit den fast gestiegenen Löhnen im Bergbau, verband dem demnächst zum Abschluß gelangenden neuen Tarif wird der Durchschnittslohn der Kohlenhauer voraussichtlich etwa 40 M. je Schicht erreichen) ist es wohl zurückzuführen, daß die Bergleute nicht erkennen, wie schwer der übrige Teil der Bevölkerung, insbesondere auch die Industriearbeiter, unter den Folgen des Kohlenmangels zu leiden haben. Die Zeitungsmeinungen werden vielfach nicht beachtet oder ihre Richtigkeit bezweifelt. Wie traurig es aber in anderen Revieren aussieht, zeigen die Ausführungen eines Arbeitervertreters aus dem Ruhrgebiet. Er meinte, wenn aus allen von der Kohlennot schwer betroffenen Bezirken Deputationen gesammelt wären, so würden die Straßen Bochums für sie nicht ausgereicht haben.

Der in der Verfassung des Alten Verbandes und des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter gefasste Beschluß, auf die Einführung der sechsstündigen Schicht am 1. Februar zu verzichten, berechtigt zu der Hoffnung, daß die Bergarbeiter sich in ihrer großen Mehrheit diesem Beschluß fügen werden. Die Bergarbeiter tragen eine große Verantwortung. Ganz Deutschland blickt mit Spannung nach dem Ruhrgebiet. Die notleidenden Arbeiter vertrauen auf den kameradschaftlichen Geist der Bergarbeiter und rechnen zuversichtlich auf ihre Hilfe.

**Entspannung der inneren Lage.**

□ Berlin, 3. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Die Meldungen, die während des gestrigen Tages an den hiesigen amtlichen Stellen aus dem Industriegebiet eingelaufen sind, lauten durchaus günstig. Ueberall ist von den Bergarbeitern die 7stündige Schicht eingehalten und nirgends ernstlich der Versuch gemacht worden, die 6-Stundenschicht zu erzwingen.

Die Eisenbahnwertstätten, die infolge der passiven Resistenz geschlossen worden waren, haben heute ausnahmslos den Betrieb wieder aufgenommen. Im allgemeinen ist eine Entspannung festzustellen.

An eine baldige Aufhebung des Ausnahmezustandes wird in Regierungskreisen nach den Erfahrungen, die man mit der Aufhebung des Belagerungszustandes im Dezember v. J. gemacht hat, nicht gedacht, wohl aber wird eine Milderung in der Durchführung ermogent, die in

einer entgegenkommenderen Handhabung der Versammlungs- und einer bedingten Aufhebung der Versammlungsverbote bestehen sollen.

**Deutsches Reich.**

**Die Schwierigkeiten der Geschäftsträgerbestellung.**

□ Berlin, 3. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Berliner Mitteilungsblatt meldet, daß auch der frühere Staatssekretär Dr. Solff, der als Geschäftsträger nach Tokio gehen sollte, von der japanischen Regierung abgelehnt sei und daß auch der Berufung Landsberg nach Brüssel Schwierigkeiten entgegenstünden. Wie wir erfahren, ist den hiesigen amtlichen Stellen hiervon bis jetzt nichts bekannt.

**Die Kartoffelwirtschaft.**

□ Berlin, 3. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die Gerichte über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln in keine andere Grundfrage als die Tatsache, daß heute nachmittags der Unterausschuß des letzten Ausschusses der Nationalversammlung zusammentritt, um zu den Vorschlägen über die Kartoffelwirtschaft Stellung zu nehmen.

**Gefangenentrübsel.**

Bremen, 3. Februar. (W. B.) Mit dem Dampfer „Herbert Horn“ kamen gestern abend im Durchgangslager Bremen 67 Gefangene aus dem Lager Schatou Neuf und 648 Mannschaften, größtenteils aus dem Lager Tours an der Loire.

**Baden.**

**Die Tabakernte 1919 bleibt beschlaghaft.**

□ Karlsruhe, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Wie bereits in der heutigen Mittagsausgabe gemeldet wurde, wird nach einer Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums an der Zwangsbeschaffung des Tabaks der Ernte 1919 zu den vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Rahmenpreisen zusätzlich 20 Prozent Prämien festgehalten. Wahrend für diese Entscheidung waren laut Mitteilung der amtlichen Karlsruher Zeitung die Bedenken, daß eine Freilassung mitten im Wirtschaftsjahr zu den schwersten Erschütterungen des Tabakgewerbes führen, namentlich aber beträchtliche Verschöbungen der Arbeiterverhältnisse im Gefolge haben müßte. Die von der badischen Regierung in Berlin vertretenen Bedenken haben jedoch das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt, die Ernte 1920 freizulassen. (Damit ist der in großer Schärfe gerade in Baden und der Pfalz entbrannte Kampf in gewissem Sinne entschieden. Es wäre zu wünschen, daß die Interessenten im Hinblick auf die schwere Not des Wirtschaftsbetriebs sich der Entscheidung, wenn auch schweren Herzens, fügen.)

**Neue Wiederaufnahme des Personenverkehrs am Sonntag.**

□ Karlsruhe, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Von verschiedenen Stellen des Wirtschaftslebens sind in den letzten Tagen Anträge auf Wiederaufnahme des Personenverkehrs am Sonntag und Feiertagen gestellt worden, denen jedoch, wie amtlich mitgeteilt wird, im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entsprochen werden kann und zwar nicht nur wegen des Kohlenmangels, sondern auch wegen der Notwendigkeit, an diesen Tagen den Güterverkehr weitestgehend aufrechtzuerhalten, um die sich an den Wochentagen jeweils ergebenden Rückstände in den großen Rangierbahnhöfen zu beseitigen. Zur äußersten Bedrückung der Leistungen des Personenzugverkehrs wird auch die Rückführung der deutschen Kriegsangehörigen, die besonders an die badische Eisenbahnverwaltung in der nächsten Zeit außerordentliche Anforderungen stellen wird.

**Platz.**

**Behinderung der landwirtschaftlichen Arbeiten.**

□ Berlin, 3. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Eine Anfrage der Hrn. Hoffmann, Ludwigshafen und Gebhardt wurde vom Reichswirtschaftsministerium wie folgt beantwortet:

In der Pfälzer Gemeinde Friedelsheim sind die Räume und Grundstücke zur Unterbringung des französischen Munitionslagers sowie von Mannschaften und Pferden der französischen Besatzung von den Franzosen im Requisitionsweg in Anspruch genommen worden. Die französische Besatzungsbehörde hat die Requisitionsurkunde an die Gemeindeverwaltung gerichtet, die sie ausgeführt hat. Das zuständige Bezirksamt Bad Dürkheim ist zur Sache gehört worden und teilt folgendes mit:

„Daß die Landwirte in Friedelsheim bei der Durchführung ihrer landwirtschaftlichen Arbeiten sehr beeinträchtigt sind, ist richtig, allein nicht zu vermeiden. Auch andere Orte würden

unter diesen Umständen zu leiden haben. Seitens der französischen Militärbehörde wurde zunächst Rücksicht genommen. Falls Landwirte ihre Schauer zum Ausbruch benötigen, so würde diese für einige Zeit freigegeben. Natürlich war dies nicht in allen Fällen der Fall. In den letzten Monaten fanden die Hälfte der Pferde, welche nicht zum Markt verwendet werden, im Freien, jedoch tagsüber die Schauer frei war. Geheime sind die Landwirte dadurch, daß in den Grundstücken, wo die Munitionslager sind, an den Straßenfront und hinter dieser Erdaufwürfe — Gräben angebracht sind, welche den Landwirten beim Befahren ihrer Grundstücke hinderlich sind. In den letzten Wochen sind aber die Abtransporte der Munition seitens der französischen Behörde aufs eifrigste betrieben worden. Bei einigermaßen guter Witterung wird es möglich sein, daß innerhalb dreier Monate das Gelände von Friedelsheim von Munition und Baracken gänzlich frei und, wie jetzt schon in Aussicht genommen, auch dort die Besatzung aufgehoben wird. Ein Verlegen dieser Truppen mit Pferden in einen anderen Ort erscheint den Umständen nach unmöglich und zwecklos. Die Grundbesitzer von Friedelsheim müßten auf dem Gelände des Munitionslagers sowie in dessen Nähe einen großen Teil des Grundbesitzes frei und unbebaut auf Anordnung der französischen Behörde liegen lassen, was für die Gesamtheit einen großen Schaden erbringt.“

Um der schwer belasteten Gemeinde zu helfen, ist das Reichsvermögensamt Landau mit der französischen Besatzungsbehörde ins Benehmen getreten und hat die Auffassung weiterer Baracken veranlaßt. Die Regelung der Entschädigungsfrage ist ausschließlich Sache der Gemeinde und letzten Endes der Kreisregierung (Kreisverwaltungsbehörde) der Rheinpfalz. Die Gemeinde Friedelsheim soll ihre Entschädigungsanträge auf Grund des Reichsgesetzes vom 2. 3. 10 bei der zuständigen Stelle anmelden.

**Aus dem Parteilieben.**

Sachsenheim, 1. Febr. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen (N.D.) Volkspartei veranstaltete am Sonntag im Saale des „Bad Hofes“ eine ausgezeichnete besuchte Versammlung. Nach begründeten Worten des Vorsitzenden, Donawirt August Hörner sprach Gehlenrat Walthe aus Mannheim das Wort zu seinem Vortrage: „Nur Deutschland noch eine Zukunft“. Die etwa 150-tägigen Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der anschließenden Ausdrache machte Herr Stadtordehneter Haas ergänzende Ausführungen. Zum Schluß wurde eine Entschädigung gegen die Kreisregierung bezügl. Staatsangehöriger einstimmig angenommen. In seinem Schlusswort konnte Herr Hörner mit Genugtuung feststellen, daß die Ortsgruppe trotz ihres kurzen Bestehens bereits das erste Hundert überschritten hat.

**Die Grenzbahnhöfe gegen Eljah-Lothringen.**

In Baden-Baden wurde von der deutschen Delegation für eljah-lothringische Friedensfragen mit der französischen Regierung ein Abkommen über die Grenzbahnhöfe im Bereich mit dem eljah-lothringischen Eisenbahnnetz getroffen.

An der Rheinpfalz wurde gemäß Artikel 67 des Friedensvertrages nur ein auf dem rechten Rheinufer gelegener Grenzbahnhof für jede Linie vereinbart und zwar die Bahnhöfe: Winterdorf, Kehl, Breisach, Rheunberg und ein in der Nähe von Weil-Weipoltsbühl am rechten Rheinufer neu anzulegender Bahnhof, der nicht dem Ortsoverkehr dienen soll.

Am Verkehr mit Preußen und Bayern wird jeder der vertragsschließenden Teile seinen besonderen Grenzbahnhof auf seinem Gebiete einrichten. Auf die Straßen, die in den zukünftigen Saarstaat münden, wurde das Uebereinkommen nicht ausgedehnt.

Um die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs sobald es ermöglicht wird, jede Verwaltungen sofort die notwendigen Anträge zur Abwicklung des Post- und Eisenbahnverkehrs in Angriff nehmen. Auf den gemeinsamen rechtsrheinischen Grenzbahnhöfen werden Dienststellen eingerichtet, die für die französische Eisenbahnverwaltung die Abfertigung von Personen, Gepäck und Gütern im Verkehr von und nach Frankreich besorgen. Ob dieser Dienst durch besonders französische Eisenbahnerpersonal oder durch deutsches Personal zu leisten der französischen Verwaltung erfolgt, bleibt noch im einzelnen zu vereinbaren.

**Letzte Meldungen.**

Stockholm, 3. Febr. (W.B.) Zahlreiche Gewerkschaften haben die durch die Kusperrung betroffenen Arbeiter ihrer Solidarität versichert und sich zu einem Generalstreik bereit erklärt.

□ Berlin, 3. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse wird wiederum außerordentlich stark werden. Beim Reichamt sind bereits bis heute über 10 000 Anmeldungen eingegangen. Die technische Messe wird einen Besuch von etwa 2-3000 Ausstellern aufzuweisen haben.

**Berliner Theater.**

**Aufführung von Hermann Büllers „Kronprinz“.**

Das Jugendtheater vom Kampf des Sohnes mit dem Vater ist bei unseren „Jungen“ sehr beliebt, aber eindeutig haben sie es um einige Jahrhunderte zu spät. Wie ich bereits im vorigen Heft dieses Blattes, dessen „Kronprinz“ im hiesigen Schauspielhaus einen patriotisch unterrichteten Erfolg erzielte, zum Ausdruck brachte, doch schloß er den Gegenstand nicht aus. Dieser König Friedrich Wilhelm I., der tschechische Kaiser, der mächtigste und portugiesische Großherzog, der Schwager des persischen Schahs — und sein Sohn, aus dem allem leuchtet aus der einfachsten Schilderung und Heldenspiel von Schiller, sie fanden sich nicht doch als zwei Lebensalter und Temperamente entgegen. Das Wort Schiller: „Wer nicht Will hat in sich selbst“, den unmisslichlichen Friedrich Wilhelm erfüllt. Knallt die musikalische Beschäftigung, das ist die Zeit der Helden! Das ist die Zeit dieses Gegenstandes in Büllers im ersten Teil seines zweifelhafte Drama „Friedrich der Große“ nicht gebrauchten. Kommt ein Junge des jungen Heutzeitlichen heißt — kaum ein Junge seiner freien Weltanschauung wert und entgegen. Nur daß einmal nebenbei erwähnt wird, der König habe des Prinzen Hölzer konfiszieren... Egoist, Egoist, der den herrschenden Verboren im Landesherrlichen von Kopf und Schmetz“ allen freundlich umschmeichelt, wagt von diesen Dingen nicht, und erst recht der junge Heinrich Laube, dessen „Kronprinz“ heute noch von der Bühne herab hürter wirken müßte, als das Schicksal Büllers. Vor diesen alten Freibergerplanen hat indessen der junge Wandel vorwärts, vor allem den feiner geprüften Reizendheit und die neuzeitliche Kunst in der Behandlung des Heldenstoffes. Dem Expressionismus, mit dem ihn innerlich kein ungebildetes Bedürfnis verbindet, dankt er die Methode, ein Stück in einem, in flüchtigen Bildern eines Wandbildes zu entwerfen, und leichter sich auf diese Art der geschichtlichen Beispiele zu verlassen. Es sei mit Genugtuung festgehalten, daß Büllers einzig und lauter die wesentlichen Punkte und Sanktionen der Haupt- und Charaktere herausgearbeitet hat, wobei ihm die Remothen der schwächeren Gegenwart besonders gute Dienste leisteten. Sander geordnet hat auch die Charaktere der geschichtlichen Personen, der König (schon ohne Mühe) der Genies), das hiesige Gefolge. Eine gewisse Scheu vor dem Theatralischen drängt nur abwärts aus des Dramas. Am Ende der hiesigen Szene des Stückes: als das laugreichste Opfer des Patriotismus, der Feind von Kette, von dem gefangenen Freund und Prinzen wieder genommen hat, da darf man an das Drama glauben. Doch dann geht es unter in äußerlicher geschichtlicher Treue. Der Prinz Friedrich unterwirft sich, was der Krantheit der Seele genügt, ohne Überzeugung und Verneinung der Frau des Vaters, und das nach langem Kampfe Schicksal hat keinen Konflikt mehr. Eine rührende Szene, die gemeint dagegen die im Friedrich geübte Liebe wenig bestimmteren Zeitsucher. Mit allen Schwächen ist Büllers „Kronprinz“ als wertvolle Leistung eines geschickten und geübten Regisseurs auf dem Jahresspektakel der jenseitigen geschichtlichen und ungeschichtlichen Bedeutung ernst zu betrachten. Das hiesige Schauspielhaus erwacht sich und dem Werke einen lauten Beifall. Dr. Heinrich Traub's Leistung beehrt die geschichtlichen und den künstlerischen Will mit feiner Hand. In den Rängen, im unteren Bühnenausschnitt bedürfen die hiesigen Ideen des Intendanten J. Kuntz. Der Dichter wurde oft getroffen.

**Hochschulnachrichten.**

— (Deutscher Hochschulrat.) Vom 4. bis 7. Januar hatte in Halle die 1. Versammlung von Vertretern aller deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen. Die deutschen Hochschulen sind zu der Überzeugung gelangt, daß sie ihre gemeinsamen Interessen,

die zugleich Interessen der Gesamtheit unseres Volkes und seiner geistigen Weiterbildung sind, nur dann wirksam vertreten können, wenn sie sich ein gemeinsames Organ dazu schaffen, und wenn alle am Hochschulwesen der Hochschule beteiligten Kreise sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Zunächst stand die Konstituierung des Verbandes und die Festlegung der Statuten fest. Zum Vorsitzenden wurde auf 3 Jahre Herr Professor Schenk (Münster) gewählt. Sodann wurden die wichtigsten ausenblählich des Verbandes der Hochschulen bewegenden Fragen in eingehenden Referaten von den besten Sachverständigen behandelt. In der Frage der Hochschulreform wurden u. a. folgende Richtlinien festgelegt: Die Hochschulen sind nicht nur Gelehrtenanstalten, sondern sie haben dem Volksganzen zu dienen und werden in Erfüllung dieser Aufgabe alle Volksschulungsbestrebungen nach ihren Kräften unterstützen. Dementsprechend fordern sie, wie in den Fragen des höheren Schulwesens auch in denen der Ausbildung der Volksschullehrer zur Vertiefung hinzuzusetzen zu werden. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist weiter auszubauen und zu kräftigen. Wissenschaftler und Studenten in Mitwirkung an den sie betreffenden Hochschulangelegenheiten zu gewöhnen. In gleicher Weise sind die Beamten in ihren Angelegenheiten heranzuziehen. Den Fakultäten liegt die Erneuerung und Ergänzung des Lehrkörpers als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ob. Die Fortsetzung der Teilnahme an der Reichshochschulkonferenz der Göttinger Fakultäten Stande in einem klaren Fortschritt. Die Veranstaltung nahm die zur Hochschulreform, zur Hochbildung zur Universitäts- und zur Lehrerbildung vorordnungsartigen Grundzüge an. Auch die Fragen der Volkshochschulorganisationen wurden ausführlich besprochen. Es war die allgemeine Überzeugung, daß die Hochschulen diese Bewegung mit allen Kräften fördern und mit ihr in lebendiger Verbindung bleiben müssen. Die Frage der Zulassung von Ausländern zum Besuch der deutschen Hochschulen wurde erörtert. Die Verarmung war darüber einig, daß sie nur erfolgen darf, soweit sie berechtigt in Anbetracht der deutschen Substanz und sonstigen deutschen Interessen nicht beeinträchtigt werden. Einen breiten Raum nahm auch die Besprechung der wirtschaftlichen Lage der Hochschullehrer ein. Ueber die Wahrung in isolierter Rürsore für die Studentenschaft, die immer dringender werden, berichtete Professor Löntjer (Halle). Die berechtigten Wünsche der Hochschullehrer wurden auf Grund einer schriftlich eingereichten Bestimmung eingehend behandelt. Der Verlauf der Tagung hat aufs Deutlichste gezeigt, daß die gemeinsamen Interessen, die alle Schichten des Lehrkörpers, die Wissenschaftler und die Studierenden verbinden, alle Sonderbestrebungen einzelner Kreise an Bedeutung weit überwiegen. Sie hat die Sicherheit gelassen, daß auch in Zukunft eine dauernde vertretensvolle Zusammenarbeit stattfinden wird.

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

— (Ein fälliger Theaterkulturverband.) Wir werden von der Geschäftsstelle des Gesamtverbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten: Friedrich, 1. Februar. In Rudwigsbachen a. Rh. hat sich kürzlich ein Theaterverein unter dem Titel „Fällischer Theaterkulturverband“ und mit einem Herrn Kungers als ersten Vorsitzenden gegründet. Im jeden Tertium auszusprechen, wird von der

Geschäftsstelle des über ganz Deutschland mit vielen tausend Mitgliedern vorbereiteten, seit 1916 bestehenden Theaterkulturverbands (Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur), der auch in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe große Vereine besitzt, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß irgendein Zusammenhang zwischen der Fällischer Kulturverein und der als Theaterkulturverband bekannten großen deutschen Organisation nicht besteht.

— (Hedwig Jell-Bass) wird nach ihrer Scheidung von Gebeinert Reich dem hiesigen Generalintendanten der Frankfurter Theater, als Partitellerin in das Neue Theater in Frankfurt am Main einzutreten, damit die persönliche Verbindung zusammenhängen, die nach Frankfurt Witterungsmessungen dem hervorragenden Bühnenleiter für die Uebereinstimmung nach München besonders geeignet werden.

— (Der Münchener Intendanten Dr. Reich angeben.) Auf München wird am gemeldet: Die Münchener Intendantenreise zieht weitere Kreise infolge der Zurücklegung des Schauspielers Steinrück. Wie in einem Bericht des Ministeriums an die Presse mitgeteilt wird, verläßt Steinrück die bayerischen Staatstheater, die damit ihre höchste künstlerische Kraft verlieren. — Das Kultusministerium hat, um sofort den notwendigen Diktator zu bekommen, den Generalintendanten Dr. Reich in Frankfurt a. M. telegraphisch die Münchener Intendantenstelle angeboten. Dr. Reich ist geneigt, den Posten anzunehmen. Das einzige Hindernis dabei die Frage, ob es dem Frankfurter Generalintendanten gelingen wird, sich von seinem Vertrage zu befreien.

— (Dresdner Kunstnachrichten.) Der neue Dresdner Operndirektor Prof. Karl Scheldemontje wurde am 1. Februar in sein neues Amt als Direktor der Sächsischen Staatsooper eingeweiht. Er kehrt somit an die Spitze zurück, wo er 25 Jahre als Sängervater tätig gewesen ist. Den in der Opernprogras erfahrenen und beliebten Künstler begleiten die Wünsche des Dresdner Publikums. Als erste Aufgabe ist ihm die Lösung der Generalmusikdirektor-Frage gestellt worden. — Die Dresdner Opernsängerin Gertraud von der Sächsischen Landesoper ist zum Schauspiel übergetreten und gab mit Erfolg die Rolle Fernand. — Der technische Direktor des Dresdner Schauspielhauses Adolf Sinnedach, der sich als führender Meister der Innentheil, der Technik der Bühne und im besonderen für das Beleuchtungsproblem erwiesen hat, steht in Unterhandlung mit dem Wiener Staatstheater. Sein Weggang würde einen großen Verlust für Dresden bedeuten.

— (Signale aus einer anderen Welt.) Die vor einiger Zeit und jetzt wieder von sich reden machen geheimnisvollen Zeichen, die bei der drablonischen Teilerarchie ausgegangen und als von anderen Planeten herüberkommene Signale gedeutet wurden, nehmen nunmehr eine andere Erklärung gefunden zu haben. Wie der Spezialkorrespondent des Daily Chronicle mitteilt, glaubt man in amerikanischen Seewachsbüros nicht mehr daran, daß diese rätselhaften Signale aus einer anderen Welt kommen. Professor Doolittle von der Universität zu Pennsylvania erklärt die Erscheinung als im Zusammenhang stehend mit dem Auftreten von Sonnenflecken und der sich aus der Sonnenstrahlung ergebenden Einwirkung von elektrischen Energiemengen. Andere amerikanischen Seewachsbüros äußern sich in ähnlichem Sinne.



# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Winke zur Steuererklärung vom Vermögenszuwachs.

Nachdem die ursprünglich für diese erste der Steuererklärungen aus dem neuen Steuerstraß gesetzte Frist verlängert wurde, sind die Finanz- und Steuerbehörden in ihrer ungetrübten Arbeit nachgekommen und haben die Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung zur Versendung gebracht. Auch in Baden und Mannheim wurden Tausende mit den übersandten Formularen mehr oder weniger beglückt und der Umfang der Vordrucke etc. hat in weiten Kreisen gährenden Schrecken ausgelöst. Im folgenden soll zur Beruhigung der Gemüter auf die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes nochmals eingegangen werden:

Zunächst ist zur

### Frage der Abgabe der Steuererklärung

zu sagen: Der Text der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung ist leider verunglückt. Er sagt nämlich das nicht, was er zur Klarlegung sagen soll. Deswegen kommt heute schon der amtliche Berichtigungsapparat und gibt eine authentische Interpretation. Es heißt da:

„In den letzten Tagen ist den Steuerpflichtigen der Vordruck für die Steuererklärung für die Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zugewandt. In dem beigegebenen Abdruck der öffentlichen Bekanntmachung ist gesagt, daß alle Personen, deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 bis 30. Juni 1919 um mindestens 6000 M erhöht hat, in der gegebenen Frist ihre Steuererklärung nach dem vorgeschriebenen Formular einzureichen haben. Daraus könnte geschlossen werden, daß nur die Personen, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, die ihnen übersandte Erklärung auszufüllen und einzureichen haben. Ein solcher Schluß stünde aber nicht mit den bestehenden Vorschriften im Einklang. Es haben vielmehr alle Personen, denen der Vordruck zur Erklärung zugewandt ist, oder denen er noch zugeht, die Erklärung einzureichen, einerlei, ob sie einen steuerpflichtigen Zuwachs haben oder nicht. Wer späteren Weiterungen vorbeugen will, wird deshalb auf daran tun, die Erklärung nicht beiseite zu legen, sondern sie alsbald auszufüllen und sie rechtzeitig an den zuständigen Steuerkommissar einzureichen.“

Die auf der letzten Seite des Vordruckes für die Steuererklärung vorgesehene Zuwachsberechnung ist nicht vom Steuerpflichtigen auszufüllen. Die Zuwachsberechnung wird vielmehr durch den Steuerkommissar vorgenommen.

Weiter ist folgendes wichtig: Wird ein Abgabepflichtiger von mehreren Finanzämtern zur Steuererklärung aufgefordert, so ist er nur verpflichtet, die Steuererklärung einem Finanzamt abzugeben. Die anderen Finanzämter hat er von der erfolgten Abgabe der Steuererklärung zu unterrichten. Die Steuererklärung des Ehepartners muß das Vermögen der Ehefrau mit umfassen, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben. Für einen nach dem Tode, d. i. dem 30. Juni 1919, aber vor Abgabe der Steuererklärung verstorbenen Abgabepflichtigen ist die Steuererklärung vom Testamentvollstrecker, Nachlasspfleger oder von dem Erben abzugeben.

### Feststellung des Anfangs und Endvermögens.

Die einzelnen Bestandteile des Vermögens sind, wie auch nach dem Besitzsteuergesetz eingeteilt in Grund-, Betriebs- und Kapitalvermögen. Dementsprechend ist auch der Vordruck beschaffen. Eine Berichtigung des Anfangsvermögens ist möglich. Das berichtete Vermögen gilt als Anfangsvermögen. Die Feststellung des Endvermögens hat ebenso nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes zu erfolgen. Wertpapiere, die in Deutschland einen Börsenkurs haben, sind nach den auf den 30. Juni 1919 festgesetzten Steuerskursen anzusetzen. Aktien ohne Börsenkurs, Kasse, Anteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach der Steuererklärung desselben Zeitpunkts. Inwieweit Abschreibungen in den Geschäftsabschlüssen der Einzelpersonen einen angemessenen Ausgleich der Wertminderungen darstellen, ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Unternehmens, namentlich auch unter Berücksichtigung der durch den Krieg und durch die spätere Ueberführung in die Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns zu berechnen. Die vom Endvermögen abzuziehenden Beträge, die aus Erbanfällen usw., aus Kapitalauszahlungen, aus Versicherungen sowie aus Schenkungen stammen, sind unter Zugrundelegung des Vermögenswertes zurzeit des Erwerbs zu berechnen. Vermögensbeträge, die aus Veränderungen ausländischer Grund- oder Betriebsvermögen stammen, sind mit dem Veräußerungswert vom Endvermögen abzusetzen. Vermögensbeträge, die aus der Veräußerung sonstiger zu Beginn des Veranlagungszeitraums zum nicht steuerbaren Vermögen (Gebrauchsvermögen) des Abgabepflichtigen gehöriger Gegenstände herühren, sind mit dem Veräußerungswert abzusetzen, sofern dieser niedriger ist als der Wert des Gegenstandes am Anfang des Veranlagungszeitraums. Ist der Anfangswert niedriger als der Veräußerungswert, so darf nur der Anfangswert abgesetzt werden. Beim Erwerb an einem Nachlaß ist abzugsfähig nur der um die geschuldete Erbschaftsteuer gekürzte Wert des Erwerbs. Der Abzug der nach den Vorschriften des Gesetzes zu berücksichtigenden Steuerbeträge hat nur insoweit zu erfolgen, als diese Steuerbeträge am Ende des Veranlagungszeitraums noch nicht bezahlt waren. Schenkungen oder sonstige Vermögensübergaben sind dem Endvermögen des Zuwendenden, und wenn dieser während des Veranlagungszeitraums gestorben ist, dem Vermögen der Erben hinzuzurechnen. Die Anteile in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen ist auch dann erfolgt, wenn auf irgendeine Weise bisher steuerbares Vermögen in nicht steuerbares ausländisches Betriebs- oder Grundvermögen umgewandelt wurde.

Bei der Beurteilung der Frage, ob es sich um einen Luxusgegenstand handelt, ist in Zweifelsfällen dem Umstand Bedeutung zuzumessen, daß der Gegenstand wieder ohne erhebliche Verluste veräußert werden kann. Unter hinzuzurechnungspflichtigen Anschaffungen ist jeder Erwerb von Gegenständen zu verstehen, die nicht an sich schon zum steuerbaren Endvermögen gehören und nicht dem gewöhnlichen Bedarf des Abgabepflichtigen nach dem Stand seiner Verhältnisse zu Beginn des Veranlagungszeitraums dienen. Anschaffungen zum Ersatz während des Veranlagungszeitraums veräußert oder auf sonstige Weise aus dem Besitz des Abgabepflichtigen gekommener Gegenstände fallen nicht darunter, auch dann nicht, wenn sie nicht dem gewöhnlichen Bedarf des Abgabepflichtigen dienen, sofern er nur bereits zu Beginn des Veranlagungszeitraums im Besitz der steuerbaren Gegenstände war. Der Betrag der nach dem Kriegsteuergesetz 1916 und dem Zuschlaggesetz 1917 von dem Abgabepflichtigen während des Veranlagungszeitraums gezahlten Kriegsteuern ist dem Endvermögen hinzuzurechnen.

Der Kapitalwert von Renten oder andern auf die Lebenszeit einer Person beschränkter Nutzungen oder Leistungen ist bei der Feststellung des Endvermögens mit dem gleichen Betrag einzusetzen wie bei der Feststellung des Anfangsvermögens, sofern und soweit das Recht auf die Nutzung oder die Verpflichtung zur Leistung schon zu Beginn des Veranlagungszeitraums bestanden hat. Hat sich der einjährige

Wert der Renten, Nutzungen oder Leistungen geändert, so ist unter Beibehaltung der bei der Feststellung des Anfangsvermögens angewandten Vielfältigkeitszahl der Kapitalwert neu zu berechnen.

### Inzahlunggabe von Kriegsanleihe.

Die Annahme erfolgt mit Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1919 an zu den auf den 30. Juli 1919 festgesetzten Steuerskursen. Zum Nennwert werden die 5%igen Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihe sowie die 4%igen Schatzanweisungen der 6., 7., 8. und 9. Kriegsanleihe mit Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1919, zum Werte von 96,50 M für je 100 M Nennwert werden die 4%igen Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe mit gleichem Zinslauf an Zahlungen statt angenommen, wenn der Abgabepflichtige nachweist, daß er unmittelbarer Zeichner ist. Die Zeichnung wird durch Vorlegung einer von der Zeichnungsstelle auszustellenden Bescheinigung nachgewiesen.

### Neuregelung des Devisenhandels in Belgien.

Brüssel, 2. Febr. (W. B.) Laut „Soir“ hat der König eine Verordnung unterzeichnet, die am Dienstag im Amtsblatt erscheint. Danach wird der Handel mit fremden Devisen und Münzen verboten, sofern ihm nicht effektive Geschäfte zu Grunde liegen. Die Banken und Börsenagenten, sowie jedermann, der mit Devisen handelt, werden verpflichtet, ein Register zu führen, dessen Form vom Finanzminister und dem Minister des Auswärtigen vorgeschrieben wird und in das die vollzogenen Geschäfte einzutragen sind. Auch die Aufträge, die von Belgien aus zum Verkauf von Franken und Frankendevisen im Ausland durch fremde Mäntel oder Devisen gegeben werden, sind einzutragen. Die Kommission für die Wechselkurse wird aufgehoben.

### Börsenberichte.

Börsenruhetag. Um die Unterbrechung des Börsenverkehrs an den Börsenruhetagen möglichst weitgehend durchzuführen, hat der Börsenvorstand in einem Zirkularschreiben an alle Banken und Bankfirmen gebeten, den Abschluß des Effektenverkehrs auch im Verkehr von Bureau zu Bureau nach Möglichkeit zu unterbinden und der Presse keinerlei Auskunft zu geben.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 3. Febr. (Drahtb.) Am heutigen Börsenruhetag war die Geschäftstätigkeit im Verkehr von Bureau zu Bureau verhältnismäßig gering. Stärkere Nachfrage herrschte für Banknoten, von denen besonders Rumänier stark gesucht waren; es wurde ein Kurs von 133 G. bis 134 B. genannt; ferner waren französ. Noten anziehend, zirka 705 G. Für eine Mark Silber wurden 10,50 bis 10,75, später 11 M. bezahlt; 20 M. Gold 380 G. bis 400 B. genannt; feines Silber per Kilo 22,75. Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel zogen wieder an. Vorbörslich war der Markt noch ruhig, doch wurden bereits für Belgien und Paris 700 genannt; London stellte sich 329, Schweiz 1660, Holland 3850.

Im offiziellen Verkehr, der heute für den Devisenmarkt stattfand, war starke Nachfrage nach Belgien und London, welche rationiert werden mußten; für Holland kam eine Notierung nicht zustande infolge der ungünstigen Nachricht von seiten der Entente. New York war stark gesucht und höher. Valutawerte sind bei fester Haltung zu erwähnen, besonders waren es Mexikaner, die zu erhöhten Kursen umgingen. Industriepapiere, darunter elektrische, chemische und Autowerte, waren vereinzelt höher gesucht. Montanwerte fanden ebenfalls regere Beachtung.

### Frankfurter Devisenmarkt.

Frankfurt, 3. Februar. (Fig. Drahtb.) Devisennotierungen: Antwerpen-Brüssel 716,75—718,25 rat., Holland —, Lissabon 334,65 bis 335,35 rat., Paris 704,25—705,75, Schweiz 1718,25—1721,75, Spanien —, Italien 594,5—595,5, Lissabon-Oporto —, Dänemark 1458,5—1461,5, Norwegen 1623,5—1626,5, Schweden —, Helsinki —, New York 96,85—97,15, Wien alte 34,95—35,05, Deutsch-Oesterreich (abget.) 27,2—27,3, Budapest 29,95—30,05, Prag —.

### Kurse der Berliner Börse.

#### Antilche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drähliche Auszahlungen	Münzparität	Kurs 18. Sept.	2. Februar		3. Februar	
			Geod.	Reut.	Geod.	Reut.
Holland	100 B.	163,25	113,1	119,90	120,50	120,50
Dänemark	100 Kr.	111,80	608,25	122,50	123,50	123,50
Schweden	100 Kr.	112,50	720,2	172,30	17,475	17,23
Norwegen	100 Kr.	112,30	20,125	167,60	167,50	167,10
Polen	100 in. Bk.	—	141,25	—	140,80	140,80
Schweiz	100 Fr.	85	331,3	190,50	189,75	189,75
in allen	100 M.	85	37,65	3,21	3,21	3,21
Wien abgetrennt	100 Kr.	—	37,65	2,47	2,47	2,47
Frankfurt	100 M.	—	78	84,50	86,10	86
Spezial	100 Mk.	—	530,20	1202,40	1211,80	1224,25

Berlin, 3. Febr. (Drahtb.) Amtliche Notierung der Berliner Devisen der bisher feindlichen Länder: Belgien (Brüssel) 699,30 bis 700,70, Italien 584,40—585,60, London 329,70—330,30, New York 96,15—96,35, Frankreich 704,30—705,30.

### Berliner Produktenmarkt.

w. Berlin, 3. Febr. (Drahtb.) Hafer erzielte heute infolge vermehrten Eintreffens und unverkaufter Ware hier einen vergleichsweise niedrigen Preis. Dagegen wurde schles. Hafer meist für schlesische Auftraggeber höher bezahlt als gestern. Von Erbsen waren Viktoriaberbsen gefragt. Ausländisches Material war schwer zu haben. Pelusischen und Ackerbohnen sind mehr beachtet. Wicken gefragt, ebenso Lupinen. Seradella war ruhig. Rauhhafer fest. — Amtliche Hafernotierungen. Loko ab Bahn 3660—3700, sofortige Abladung ab Abladestation 3680 bis 3780. Tendenz ruhiger.

### Neueste Drahtberichte.

#### Sparprämienanleihe und Schuldbuchforderungen.

w. Berlin, 3. Febr. (Drahtb.) Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Löschung von Schuldbuchforderungen und Ausstreichung von Schuldverschreibungen zur Bezahlung von Sparprämienanleihen nur dann noch stattgegeben werden können, wenn sie in allerhöchster Zeit bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen.

#### Fusion im Versicherungsgewerbe.

Frankfurt, 3. Febr. Die Frankfurter Lebensversicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M. und die Deutsche Lebensversicherungs-Bank, A.-G. in Berlin beabsichtigen ihren Zusammenschluß mit Wirkung vom 1. Januar 1920. Als Beweggrund dieser Verschmelzung gilt u. a. die Steigerung aller Betriebs- und Erwerbskosten. Der Zusammenschluß erfolgt in der Weise, daß die Aktionäre der Deutschen Lebensversicherungsbank für je drei Aktien eine Aktie der Frankfurter Lebensversicherungs-A.-G. erhalten, zu welchem Zweck letztere Gesellschaft ihr Grundkapital um 1 Mill. M. auf 6 Mill. M. erhöht. Bekanntlich ist die „Frankfurter Lebens“-Tochtergesellschaft der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M. und besitzt die „Frankfurter Allgemeine“ die gesamten Aktien der „Frankfurter Lebens“. Die „Frankfurter

Allgemeine“ bietet für jede „in dieser Verschmelzung entstehende neue Aktie der „Frankfurter Lebens“ den Aktionären der „Deutschen Lebens“ den Betrag von 3000 M. in bar, so daß also die Aktionäre der „Deutschen Lebens“ für jede ihrer Aktien 1000 M. erhalten. Außerdem verbleibt den Aktionären der „Deutschen Lebens“ noch der Anspruch auf die Dividende für das Geschäftsjahr 1919. Das Berliner Institut bleibt als Filiale bestehen.

#### Preiserhöhung für Nieten und Messingergzeugnisse.

Düsseldorf, 3. Febr. (Eig. Drahtb.) Der Verein Deutscher Nietenfabrikanten in Düsseldorf beschloß mit Wirkung vom 1. Februar ab eine Preiserhöhung von 1700—2400 M. pro t je nach Durchmesser für Brücken-, Kanal- und Schiffnieten. Nieten einschließlich Türbandnieten haben jetzt einen Aufschlag auf die Grundpreise von 1200% gegen bisher 625% bzw. 600%.

Die Vereinigung der Messingwerke Deutschlands erhöht ihre Preise für Messingbleche um 650 auf 3350 und für Messingstangen um 425 auf 2350 pro 100 kg Grundpreis.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Besteuerung ausländischer Depots in schweizerischen Banken. Die Frage der Besteuerung der bei schweizerischen Banken von Ausländern hinterlegten Depots, deren Höhe auf 25 Milliarden Franken geschätzt wird, beschäftigt die Berner Behörden. Falls die Besteuerung beschlossen wird, so sollen ihr nur die außerhalb der Schweiz wohnenden Ausländer unterliegen.

Tabakindustrie Heidelberg A.-G. Heidelberg. Wie man uns mitteilt, wurde die Firma geändert in Theodor und Johann Klaffen Aktiengesellschaft und der Sitz des Unternehmens nach Emmrich a. Rhein verlegt.

Süddeutsche Handelsvereinigung. Aktiengesellschaft. Konstanz. Das Unternehmen errichtete in Frankfurt a. M. eine Zweigniederlassung.

Aus der elässischen Kallindustrie. Gegen die ausländische Kapitalbeteiligung an den elässischen Kallgewerkschaften wendet sich eine elässische Interessentengruppe im Anschluß an die bevorstehende Liquidation der deutschen Anteile an den einheimischen Gewerkschaften. Sie verlangt, daß in diesen Betrieben investiertes Kapitalien künftig ausschließlich elässisch sein.

### Waren und Märkte.

#### Mannheimer Produktenmarkt.

m. Mannheim, 2. Febr. Bei der starken Nachfrage für alle Bodenprodukte konnten sich die hohen Forderungen der letzten Woche voll auf behaupten. Namentlich an der Berliner Produktenbörse zeigte sich infolge des Aufhörens der Lieferungen aus den namentlich besetzten östlichen Gebieten eine sehr feste Tendenz, die noch durch den schlechten Stand unserer Valuta verschärft wurde. Für sofort greifbaren nordl. Hafer stellten sich die Preisforderungen auf 163—168 M per Zentner ab norddeutschen Stationen, während badischer Hafer zum Preise von 150—160 M per Zentner ab badischen Stationen angeboten wird. In dieser Preislage wurden auch einige Partien badischer Hafer umgesetzt. Auch für Hafermehl wie auch für Haferstroh zeigte sich großes Interesse, hierfür wurden Preise von 120 bis 125 M bzw. 75—80 M per Zentner genannt. Lebhaft gefragt blieb ferner Dürrgemüse, doch bewegten sich die dafür gestellten Forderungen etwas unter denjenigen der letzten Woche. Gedörrte Möhren wurden mit 177—178 M, Mischgemüse mit 145—148 M und gedörrtes Weißkraut mit 127—129 M per 100 kg ab süddeutschen Stationen gehandelt. Obstresten erlöste 85—90 M per Zentner. In Heu und Stroh waren die Angebote sehr klein und die Bedarfsfrage konnte somit nicht befriedigt werden; man zahlte für Wiesenneu 43—47 M und für Kleehheu 50—58 M für den Zentner ab norddeutschen Stationen. Stroh, drahtgepreßt, kostete 33—34 M und gebündeltes 28—30 M per Zentner.

Am Markte für Hülsenfrüchte machte sich die Entwertung unserer Markwährung in verschärfter Weise bemerkbar, da der Handel im Erwerb von ausländischen Erzeugnissen sehr zurückhaltend geworden ist. Gute inländische Erbsen gingen zu 80—88 M und Bohnen zu 70—80 M per 100 kg in andere Hände über. Ackerbohnen erlösten 400—415 M per 100 kg ab süddeutschen Stationen. Reis war ab mittelhessischen Stationen zu 1640 M per 100 kg offeriert.

Samen waren im Verhältnis zur Nachfrage nur sehr schwach angeboten und die Preise stellten sich daher zugunsten der Verkäufer. Deutscher Rotklee kostete 2350—2450 M, während für französischen und italienischen Rotklee sich die Forderungen zwischen 2400—2500 M bewegten. Esparsette war ab süddeutschen Stationen zu 300 M per Zentner ab süddeutschen Stationen offeriert.

#### Nürnberg Hopfenmarkt.

b. Nürnberg, 3. Febr. (Originalbericht.) Der schlechte Stand unserer Valuta veranlaßte auch in der letzten Geschäftswoche wieder eine sehr rege Nachfrage, namentlich von Seite des Auslandes. (Frankreich und Belgien.) Die Folge war, daß die Eigner mit ihren weiter erhöhten Forderungen durchdrangen. In 1919er Hopfen betrug der Umsatz nur 50 Ballen; ebensoviel wurde dem Markte nach längerer Pause erstmals wieder zugefahren. Es notierten: Markthopfen prima 4700 bis 4900 M, mittel 4500—4600 M, Gebirgshopfen und Spalter Landsteig 4800—5000 M, Hallertauer und Würtemberger prima 4800—5000 M, mittel 4500—4700 M. Ausstichware erzielte bei allen Sorten erheblich höhere Preise als die Notierung für prima Ware. Sehr umfangreich gestaltete sich das Geschäft in älteren Hopfen, in dem etwa 8000 Zentner ebenfalls ausschließlich nur für ausländische Rechnung den Markt verließen. Gehandelt wurden alle Jahrgänge und alle Qualitäten in Ballen und Ballots; ebenso verschieden waren aber auch die Preise, die sich zwischen 500 und 2800 M pro Zentner bewegten. Schlußfestimmung des Marktes sehr fest.

#### Vom deutschen Zuckermarkt.

Die Zuweisungen von Nacherzeugnissen und für Melasse sind nur spärlich gewesen. Dementsprechend ließ die Betätigung an den Rohzuckermärkten weiter zu wünschen übrig. Die Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Verteilung von Ersterzeugnissen sind dem Abschluß nahe. Es hat sich nach den Zusammenstellungen inzwischen ergeben, daß die verfügbaren Mengen nur noch recht mäßig sind, endm. hat der in Kraft getretene Friedensvertrag bereits Verschreibungen zur Folge, so daß man vielleicht mit nur noch etwa 3 Millionen Zentner verteilbaren Rohzuckermengen rechnen kann. Vom Februar ab treten nun die neuen erhöhten Preise für den rationierten Zucker für die Bevölkerung in Kraft, und sind schon auf 1,32 M, Basis Melis, frei Magdeburg, im Kleinhandel festgesetzt worden. Wie sich die Anbauverhältnisse gestalten werden, bleibt noch unklar, aber hier und da scheint man auf der Grundlage eines Rübenpreises von 11 M für 50 kg zu Fortschritten in den Abschüssen gekommen zu sein. Die Hauptfrage bleibt die Arbeiterentlohnung und die Arbeiterbeschaffung.

Mannheimer Pferdemarkt. Mannheim, 3. Febr. Der gestrige Markt verlief bei einem Zutrieb von 170 Tieren und bei Erlösen von 3000—16000 M für Luxuspferde, 2000—16000 M für Arbeitspferde lebhaft. Schlachtpferde erzielten Mischpreise.



**Ämliche Bekanntmachungen**

**Tagesschauung**  
zu der am  
Donnerstag, den 2. Februar 1920, vorm. 9 Uhr  
stattfindenden Bezirksversammlung  
des Kreisamtes  
1. Besuch des Karl Olier hier um Erlaubnis  
zum Betriebe der Hauswirtschaft mit Brannt-  
weinhandlung in dem Hause U. 2. G. „Zum  
großen Kreuz“ hier.  
2. Besuch des Georg Seelinger hier um Er-  
laubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft in dem  
Hause hinter Riedstr. 32 in Waldhof.  
3. Besuch des Eduard Heide hier um Erlaubnis  
zum Betriebe einer Hauswirtschaft ohne Brannt-  
weinhandlung in dem Hause U. K. 3. G. hier.  
4. Besuch des Friedrich Lang hier um Erlaubnis  
zum Betriebe einer Hauswirtschaft ohne Brannt-  
weinhandlung in dem Hause U. 1. G. 1. hier.  
5. Besuch des Karl Doh hier um Erlaubnis  
zum Betriebe einer Hauswirtschaft mit Brannt-  
weinhandlung in dem Hause Röllingstr. 40 hier.  
6. Besuch des Roulmanns Theodor Olier um  
Erlaubnis zum Betriebe einer Hauswirtschaft  
mit Branntweinhandlung in dem Hause Hebelberg-  
straße 270 in Rabenau.  
7. Besuch der Lina Wied Wwe. um Erlaubnis  
zum Betriebe der Hauswirtschaft ohne Brannt-  
weinhandlung im Hause Seidenheimerstr. 18.  
8. Besuch des Franz Stöckner um Erlaubnis  
zum Betriebe der Hauswirtschaft mit Brannt-  
weinhandlung im Hause Röllingstr. 5 in  
Rabenau.  
9. Besuch des Andreas Kreuzer um Erlaubnis  
zum Betriebe der Hauswirtschaft mit Brannt-  
weinhandlung im Hause Friedenstr. 35 in Rabenau.  
10. Besuch des Johann Braun um Erlaubnis  
zum Betriebe der Hauswirtschaft in seiner Haus-  
wirtschaft im Hause J. 7. 3.  
11. Besuch des Josef Johann um Erlaubnis  
zur Vertiefung seines Hauswirtschaftsrechtes mit  
Branntweinhandlung von dem Hause Q. L. 11 nach  
Waldhof.  
12. Besuch der Oberbairischen Eisenbahn-  
gesellschaft R. G. in Mannheim um Wiederholung  
der Genehmigung vom 1. 7. 1915 zur Übernahme  
von Veränderungen am linksseitigen Redaktions-  
haus der Badischen Landesbahn.  
Die Akten liegen während 3 Tagen zur Ein-  
sicht der Herren Bezirksräte auf desleitiger  
Tafel auf.  
Mannheim, den 2. Februar 1920.  
Böblinger Bezirksamt — Nr. 1.

**Bekanntmachung.**

Es wird hierdurch bekanntgegeben, daß  
gemäß Entschließung des Oberverstehe-  
rungsamtes Mannheim — Beschluß-  
kammer I — vom 21. 1. 1920 die Ver-  
triebskrankenkasse des Porphyrrwerkes  
„Edelstein“ in Schriesheim mit Wirkung  
vom Montag, den 24. 6. 1920 antrag-  
gemäß aufgelöst wird. Etwaige Gläubiger  
die ihre Forderungen nicht binnen 3  
Monaten nach der Bekanntmachung an-  
melden, verlieren ihren Anspruch auf  
Befriedigung. 1626

Betriebskrankenkasse des Porphyrrwerkes  
„Edelstein“, G. m. b. H. in Schriesheim.

**Grundstücksversteigerung.**

Am Montag, den 9. Februar 1920, nachmittags  
3 Uhr versteigert das Realamt 1 Schweglingen  
(Schloß rechts hinter) auf Antrag des Oberverste-  
herers (Herrn) in Mannheim, des Grund-  
stückes der Gemarkung Schweglingen Gb. Nr. 436;  
3 A 49 am Hofreite mit Gebäulichkeiten und Haus-  
garten im Ortsteil, Kaserstr. Nr. 36. Auf  
dem Anwesen wird die Wirtschaft „zur Heiden-  
berk“ betrieben. Die Wirtschaft wird bis 1. IV. 1920  
pachtlos.  
Schweglingen, den 31. Januar 1920.  
Realamt I.

**Jagd-Verpachtung.**

Samstag, 14. Februar 1. Ja  
nachmittags 2 Uhr  
wird die 280 ha um-  
fassende Feld- und Wald-  
jagd der Gemeinde  
Kocherbach bei Birt  
Notz zu Kocherbach auf weitere sechs  
Jahre verpachtet.  
Beachtet wird, daß das Jagdgebiet,  
das einen reichen Wildbestand jeder Art birgt,  
in 15 Minuten von der Bahnstation  
Waldhof erreichbar ist.  
Wadern, 30. Januar 1920,  
Öffentliche Bürgermeisterei Wadern  
504.

**Unterhaltungs-Club von 1919, Mannheim  
U. C. M.**

Donnerstag, den 10. Februar 1920  
**Max Grünberg**  
Rezitationabend  
im Kasino an den 14 Uhr.  
Karten sind im Mannheimer Musikhaus für  
Mitglieder à 1.50, für Nichtmitglieder à 2.50  
exkl. Steuer erhältlich.

**Uhren-Reparaturen**

Jeder Art 577  
Taschuhren, Wanduhren und Wecker  
werden schnell u. billig um. Garantie  
sorgt. Nehme auch Gold- u. Silber-  
uhren an. Trauringe werden ange-  
fertigt.  
Uhrenwerkstatt  
E. 2.9 H. Kowowski

**Eberhard Meyer**

Inhaber 581  
Ulrichstr. 12, Mannheim. Tel. 2312  
Bürostunden von 9 bis 12 Uhr  
Besucht Ungelerter jeder Art  
mit weitgehendster Garantie.  
Spezialität: radikalere Wannen-  
Ausrottung. — Keine neu-  
e Erfahrung. — A-tizen, grübler  
und leistungsfähigster Unter-  
schon am Platze.  
Kontrolliert vieler w. u. u. u.  
und studierter B. b. b. b.



**Bank für Saar- und Rheinland n. G.  
Saarbrücken**

Filiale Ludwigshafen am Rhein  
Aktien-Kapital Mk. 20 000 000.—  
Bismarckstrasse 35 Telephone 1081, 1082  
Postscheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. Nr. 8342.  
Gründung der  
Bank von Elsaß-Lothringen, Straßburg, Kapital Francs 30 000 000.  
Bank von Mülhausen, Mülhausen-Paris, Kapital und Reserven  
Francs 50 000 000.  
Ch. Stähling, L. Valentin & Co., Straßburg, Kapital Francs 12 500 000.  
Geldwechsel, Schecks, Überweisungen, Kreditbriefe, Eröffnung von Scheck-  
und Kontokorrent-Kontis, An- und Verkauf von Wert-Papieren,  
Inkasso von Wechseln und Kupons. 514

**Schlafzimmer**

hochelegante Ausführung  
in  
Mahagoni, Birken u. Birnbaum  
erstklassige Verarbeitung  
Besichtigung erbeten. 1300  
**W. Landes Söhne**  
MANNHEIM.

**Dresdner Bank**

Filiale MANNHEIM  
P 2, 12, Planken.  
Geschäftsstellen in: 541  
Heidelberg und Ludwigshafen a. Rh.  
Aktienkapital u. Reserven Mark 340 000 000  
Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

**Luftflüßigkeit**  
Kloppausgleich,  
Flauigkeit,  
in. p. w. Lafel  
Privat-Handels-  
Schule „Merkur“  
Inhaber: Dr. Knoke  
Anfänger  
E. H. Dr. Knoke  
Pfortenstraße 50/51  
Tel. 5070

Kursbeginn Anfang jeden Monats

**Für Festlichkeiten etc.**

empfehle: prima glanzhellen  
**Apfelweinsekt**  
per Flasche Mk. 8.50 inkl. Steuer.  
Darmstädter Obstsektkellerei A. Bertsch  
Darmstadt, Heinheimerstr. 12.

**la. Marseiller  
Kernseife**

1/2 Pfund Mk. 10.50  
empfehle 51768  
M. Bausch Wwe., Ludwigshafen a. Rh.  
Teleph. 744. Str. Weg. u. Schulstraße

**Brennstoffe aller Art**

für Fabrikbetrieb kaufen  
1536  
Badische Düngerwerke G. m. b. H.  
Mannheim-Rheinheim.

**Wie ein  
Wunder**

Wir: Apoth. Dr. Ueiler's  
Helfer bei jegl. Nerven-  
schmerz, Fieber, Grippe,  
Schmerzen, Krämpfe,  
Blutdruck, etc. (F. 100) auf  
P. 2, 12, Planken  
Die Salbe wirkt wunderbar  
schmerz- u. fieberlösend u.  
Originalpreise: 4.50 u.  
M. 1.00 Nur allein echt  
bei der Apotheke zum  
Goldenen Adler, Berlin 30  
Alte Landstrasse 21  
Gegründet im Jahre 1881.  
Zwei-Bl. Apotheke Berlin



Schreib die **gip** -schreibst  
Ihr in tabellarischer  
Form u. andere Repara-  
turen zu bekannt billigen  
Preisen. 581  
A. Ringer  
Vormacher u.  
Reparatur  
H. 2, 16, 17, nrh. Postfach

**Hüte**

werden wie Neu-  
gewasch., gefärbt  
modernisiert.  
Gegründ. 1875 Preisgr.  
1902 C. 3, 10 1 Tr.  
Robert Jürgens

**Herd- und Ofen-Reparaturen**

Brennen und Backen garantiert,  
sowie Selsen, Putzen u. Ausmauern  
Berücksichtigt F. Krebs, J 7, 11 Olmsplatz  
584

**Achtung!**

Empfehle mich im Aufträgen, Wenden  
und Aendern von 613

**Herren- und Damen-Garderoben**

bei bester Ausführung, tabellarisch eig. und billiger  
Berechnung.  
**Max Jos. Schreiner**  
Luisenring 3.

**Heu, Stroh, Düngemittel**

Wir liefern vorzügliches wasserpfeil 1228  
**Karl Neumayer & Co., Nürnberg**  
Kugelhofweg 5a  
Telegr.-Adr.: Heumke Nürnberg, Teleph. 3161.

**Todes-Anzeige.**

Nach schwerem Leiden verschied gestern meine Liebe  
Frau, die gute Mutter meiner Kinder  
**Margarethe Montfort**  
geb. Hoffmann.  
MANNHEIM (Rennstr. 7), den 2. Februar 1920. 55113  
In tiefem Schmerze:  
**Alfred Montfort**  
auch im Namen der Angehörigen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag um 4 Uhr,  
statt. — Von Beerdigungsbesuchen wolle man absehen.

**Nachtrag.**

Die Beerdigung unserer lieben Mutter  
**Lulise Zimmer**  
geb. Morkopf  
findet Mittwoch 1/4 4 Uhr von der Leichen-  
halle aus statt. 52179  
Die trauernd Hinterbliebenen.

**la. Paraffinkerzen**

Der Preis pro Pfund Mk. 10.80. 514  
Star an Großhändlern oder Einzelhändlern.  
**Cupha Chem. u. pharm. Laboratorium**  
Albert Winterhoff, Hannover.

**30-40000 Mk. gesucht**

zur Vergrößerung und masch. Einrichtung  
einer Möbelfabrik. Zuverlässiges Arbeiter-  
material und laufende Holzbeliezung  
Gänzlich risikolos. Auf Wunsch Beilegung.  
Geht. Angebote unter P. H. 13 an die  
Geschäftsstelle da. Bl. 52006

**Heirat**

Witwe ca. 51 J. alt,  
säuglich mit Herrn u.  
Haus, wünscht mit Herrn  
in lieb. Lebensf. bekannt  
zu werden an. 52041

**Heirat.**

Zufrieden unter O. W. 2  
an die Geschäftsstelle da. Bl.

**Heirat.**

Witwe, 38 Jahre mit  
2 Mädchen von 13-14  
Jahren sucht die Bekannt-  
schaft eines lieben Herrn,  
jeweils 51087

**Heirat.**

Zufrieden unter O. C. 13 an  
die Geschäftsstelle da. Bl.

**Heirat.**

Ergebene Witwe  
mit 3 Kindern von 15, 12  
und 8 Jahren, wünscht  
mit Witwe oder Fräulein  
in Verbindung zu treten  
jeweils späterer 52008

**Heirat.**

Eigener Haushalt vor-  
handen.  
Zufrieden u. P. Q. 21  
an die Geschäftsstelle da. Bl.

**Heirat.**

Fräulein, 28 Jahr alt,  
(1,55 groß) im Ausruher  
wünscht die Bekantschaft  
eines lieben Herrn jweils  
52001

**Heirat.**

Zufrieden mit Witwe  
u. P. D. 9 a. b. Geschäfts-  
stelle da. Bl. 52001

**Heirat.**

Erstgemeint!  
Erstb. Mann 28 J.  
(Hilfsarbeiter) ausmügend,  
wünscht mit Fräulein od.  
Witwe mit etwas Wohl-  
stand zu treten, jweils  
52002

**Heirat.**

Witwe vorhanden.  
Zufrieden mit Witwe  
u. P. C. 2 an die Geschäfts-  
stelle da. Bl. 52024

**Verloren.**

Finder mein Geldtasche  
Inhalt: Geld, Kleinfingerring,  
Perfumerie, wird ge-  
briert, bleibe gegen Be-  
lohnung abzugeben. O. De-  
mich, Rheinstraße 28. von

**WHISKY  
und GIN**

Original englischen und  
kanadischen  
**COGNAC**  
echt 12-13 Jahre, 1864.  
Auch ordentlich Cognac  
Champagner, la. Mark.  
Orig. - Rum, Malaga,  
Madeira u. Portweine  
zu außerordentlich günst.  
Preisen, in großen oder  
kleinen Quantitäten sol.  
preisbar. 1101  
Gew. Vertreter gew.  
Michel, Heugasse 3,  
Mannheim.

**Filiale**

wer richtet solche in  
meiner Filiale in Rabenau,  
lebr gute Lage, ein, bezug.  
wer übernimmt solche?  
Angebot u. P. F. 11 an  
die Geschäftsstelle da. Bl.

**Wäsche  
zum Flecken**

wird angenommen. Zum  
Angebot erbet. u. St. 534  
an den General-Anzeiger,  
Spezialred. Waldhofstr. 6.  
Tel. Nr. 52127

**Flickerin**

nimmt nach Wäsche  
zum Flecken an.  
14. 3. 22. III St. rechts.

**Uhren**

wird schnell, gel.  
u. bill. repariert;  
unter Garantie  
Anf. u. Famen-  
u. Herren-uhren  
Günther Schmetz, 14, 111  
Ulmerstr. und Jägerstr.  
Kauf- u. Ver-  
kauf, ganz. Einrichtungen.  
Rheinstr. 1, 1, Tel. 23232

**Lehrreiche Zahlen  
89308**

**Offert-Briefe**

auf ausgeschriebene Stellen  
und sonstige kleine Anzeigen  
find in dem Jahre 1919 bei  
unserer Geschäftsstelle einge-  
gangen. □□□□□□□□

**Ein sprechender Beweis**

für die große Wirkungskraft  
und das Ansehen unseres  
Blattes für derartige Anzeigen.  
Zurückzuführen ist dieser

**hervorragende Erfolg**

auf die hohe Auflage, die  
weite Verbreitung unseres  
Blattes und die Zweckmäßig-  
keit für derartige Anzeigen im

**Mannheimer  
General-Anzeiger**

5271